

BASis Info 9/2015

Neues von der Duisburger SPD-
Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

09.11.2015

Politik, die DU sagt - www.baerbelbas.de



Liebe Leserin, lieber Leser,

meine neue Mitarbeiterin hat es passend auf den Punkt gebracht: „Erst zwei Wochen an Bord und schon einen ordentlichen Shitstorm“. Dabei waren die wütenden Reaktionen auf meinen Twitter-Tweed zur Jauch-Sendung mit AfD-Mann Björn Höcke ("Was denkt sich eigentlich ein öffentlich-rechtlicher Sender, diesem Höcke eine Bühne zu geben") natürlich nur die Spitze des Eisbergs, der in unvorstellbare Untiefen der Dunkelheit und Kälte reicht: Die neue Kölner Oberbürgermeisterin wird im Wahlkampf lebensbedrohlich verletzt. Der AfD-Vorsitzende in NRW will deutsche Grenzen "mit Waffengewalt sichern". Und Angriffe auf Flüchtlinge sowie Flüchtlingswohnheime häufen sich massiv. In Magdeburg haben zuletzt 30 Rechtsradikale mit Baseballschlägern syrische Flüchtlinge verprügelt. Das alles macht mich unfassbar wütend. Das Asylrecht ist ein nicht-verhandelbares Grundrecht.

Was wir jetzt nicht brauchen, sind Scheinlösungen und Symbolpolitik. Genau das wären die Transitzone der Union gewesen. Angesichts von

vielen Hundert Kilometern grüner Grenze. Diese Haftlager wären aber vor allem rechtlich und ethisch mehr als fragwürdig gewesen. Und nur, damit CDU und CSU sich wieder lieb haben? Nein. Beim Koalitionsgipfel am Donnerstag ist daher zurecht vereinbart worden, dass es keine Landesgrenzverfahren, keine Haftlager und keinen Zaun geben wird. Stattdessen wird es eine geregelte Registrierung der Menschen geben, um die Asylverfahren zu verbessern und endlich zu beschleunigen.

Die Menschen wollen nicht nur hören, dass wir es schaffen. Sondern vor allem: wie, wo und wann genau. Wir haben gerade erst ein umfassendes Gesetzespaket für schnellere Verfahren und eine bessere Integration der Menschen mit Bleibeperspektive im Bundestag verabschiedet. Diese Maßnahmen müssen jetzt entschlossen umgesetzt werden, damit sich die Lage in den Kommunen entspannt.

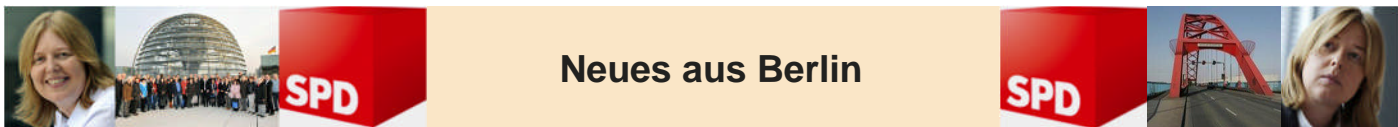
Ein Hoffnungsschimmer zeigt sich mit Blick auf Syrien. Auch dank Frank-Walter Steinmeiers Bemühen saßen erstmals alle relevanten Ak-

teure in Wien gemeinsam an einem Tisch und haben sich auf einen politischen Prozess unter dem Dach der Vereinten Nationen verständigt.

Bei einem ganz anderen Thema haben wir am Donnerstag im Deutschen Bundestag ebenfalls eine gute Einigung erzielt: Das Gesetz zur Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung ist ein weiterer, wichtiger Baustein zur guten Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen. Als Schirmherrin des Malteser-Hospiz St. Raphael hat mich das ganz besonders gefreut. Wir sichern mit diesem Gesetz das Angebot in strukturschwachen Regionen. Hospizdienste werden finanziell besser ausgestattet, die Rahmenbedingungen für Krankenhäuser und Pflegeheime werden verbessert und ihre Hospizkultur und die Palliativversorgung gestärkt. Verankert wird auch der Rechtsanspruch auf Beratung und die Möglichkeit, Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung zu vernetzen.

Herzliche Grüße

Bärbel Bas



Stichwort: Sterbehilfe

Am vergangenen Freitag haben wir im Deutschen Bundestag über vier fraktionsübergreifende Gesetzentwürfe (siehe auch das Stichwort in der BASIS Info 6/2015) und einen Gruppenantrag zur Regelung der Sterbebegleitung beraten. Am Ende einer fast dreistündigen Debatte hat sich eine Mehrheit von 360 (der 602) abgegebenen Stimmen im sog. Stimmzettelverfahren sowie mit Namentlicher Abstimmung für den Entwurf von meinen SPD-Kolleginnen Kerstin Griese, Eva Högl u.a. entschieden. Mit diesem Gesetz wird zukünftig die geschäftsmäßige Beihilfe zum Suizid unter Strafe gestellt. Auch ich habe diesen Gesetzentwurf unterstützt.

Sterbebegleitung, Sterbehilfe und assistierter Suizid sind schwierige Themen. Sie werfen existenzielle Fragen zum Umgang mit Leben und Tod auf. Der Deutsche Bundestag hat diese Debatte daher mit dem angemessenen Maß an Würde, Respekt und Demut geführt. Anfangen bei der Orientierungsdebatte im November 2014, über die 1. Lesung am 2. Juli bis zur 2./3. Lesung. Auch in der vorgeschalteten Abstimmung zeigte der Bundestag mit 525 Ja-Stimmen für das Stimmzettelverfahren ein hohes Maß an Einigkeit, in dieser Debatte ausschließlich die Inhalte in den Mittelpunkt zu stellen.

Wichtige Verbände wie die Deutsche Palliativ Stiftung, der Deutschen Hospiz- und

Palliativverband und viele Hospizvereine haben den Antrag schon im Vorfeld unterstützt. Meine persönliche Entscheidung habe ich mir bis zum Ausfüllen des Stimmzettels wirklich nicht leicht gemacht. Drei Überlegungen waren dabei für mich maßgeblich:

Erstens: Ich möchte, dass alle Menschen bis zum Ende ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen können. Dazu gehört für mich zunächst eine optimale Betreuung und Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen. Diese Versorgung haben wir übrigens mit dem Hospiz- und Palliativgesetz entscheidend gestärkt, was mich wirklich sehr gefreut hat.

Zweitens: Sterbehilfe darf kein Geschäftsmodell sein. Wir dürfen keine Vereine tolerieren, für die Selbsttötung ein auf Gewinn angelegtes Geschäft ist. Dieser Punkt war übrigens der grundlegende Impuls für diese lange notwendige Debatte: In Deutschland nehmen die Fälle zu, in denen Vereine oder auch Einzelpersonen die Beihilfe zum Suizid regelmäßig anbieten. Es ist für mich richtig, dass die Politik hier Regelungen trifft. Alte oder schwer kranke Menschen könnten sich dadurch zu einem assistierten Suizid verleiten lassen oder sich sogar dazu gedrängt fühlen.

Drittens: So sehr ich vermeiden möchte, dass Menschen

sich zum Suizid gedrängt oder genötigt fühlen: Es gibt keine Pflicht zum Weiterleben. Das Selbstbestimmungsrecht gilt auch für die Endphase des Lebens. In Einzelfällen bedeutet dies auch, dass schwerstkranke Menschen um Unterstützung für einen Suizid bitten. Der Raum für diese Gewissensentscheidungen bei der Beihilfe zum Suizid muss erhalten bleiben.

Eine Bürgerin aus Duisburg hat mir in einem sehr bewegenden wie auch sehr persönlichen Brief geschrieben: „Keinesfalls dürfen Mediziner, die Menschen beim Sterben, auch beim selbstgewählten würdevollen Sterben, begleiten, kriminalisiert werden“. Ich kann der Bürgerin nur zustimmen: Engagierte Ärztinnen und Ärzte dürfen keinen Besuch vom Staatsanwalt befürchten müssen, wenn sie Menschen auf ihrem letzten Weg verantwortungsvoll begleiten.

Ich habe diesen Gesetzentwurf meiner Kolleginnen Kerstin Griese, Eva Högl u.a. unterstützt, weil ich weder ein Totalverbot des assistierten Suizids noch eine unkalkulierbare Ausweitung verantworten möchte. Mit diesem Gesetz bleiben die bestehenden ärztlichen Behandlungsmöglichkeiten uneingeschränkt erhalten und die Suizidhilfe im Einzelfall möglich. Aus meiner ganz persönlichen Sicht ist das ein ausgewogener Mittelweg.



Besuch aus Duisburg

Vom 14. bis 17. Oktober waren 50 politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Duisburg auf meine Einladung hin in der Hauptstadt zu Gast. Bei einem Besuch der Gruppe im Reichstagsgebäude führten wir ein längeres Gespräch im SPD-Fraktionsvorstandssaal. Die Flüchtlingskrise stand natürlich auch hier im Mittelpunkt. Wir haben aber auch über die anstehende Krankenhausreform und die Beiträge für die gesetzlichen Krankenkassen gesprochen.

Diskussion zum Arbeitsmarkt in Duisburg

Trotz relativ guter Arbeitsmarktzahlen hat sich die Lage von Langzeitarbeitslosen in Duisburg bisher nicht wesentlich verbessert. Darüber habe ich mit dem Arbeitsmarktexperten der Universität Duisburg-Essen, Prof. Matthias Knuth, bei einer Diskussionsveranstaltung der SPD-Rheinhausen und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Duisburg gesprochen.

Klar ist für mich: Wir brauchen eine echte Neuorientie-

rung der Arbeitsmarktpolitik. Langzeitarbeitslose und Arbeitslose brauchen zweite oder auch dritte Chancen. Andrea Nahles hat gute Programme aufgelegt, Finanzminister Schäuble muss aber mehr Geld zur Verfügung stellen. Ein sozialer Arbeitsmarkt mit dem so genannten Passiv/Aktiv-Tausch wäre eine echte Chance, auch in Duisburg vielen Langzeitarbeitslosen die Reintegration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und gleichzeitig die soziale Teilhabe zu stärken.

Antworten zu TTIP

„TTIP - Alle reden, wir geben Antwort“ war das Thema einer Fraktion vor Ort-Veranstaltung von Mahmut Özdemir und mir am 22. Oktober. Ich habe betont, dass wir in Duisburg wissen, wie stark allein unsere Stahlindustrie vom Export abhängt. Unsere Standards dürfen aber nicht unterboten werden und wir brauchen keine privaten Schiedsgerichte. Ich werde keinem Abkommen zustimmen, das ich nicht vorher lesen konnte und das uns in Duisburg schlechter stellt.

+++Auszug aus meinem Kalender+++

+++14.11.: Bezirkskonferenz der AWO Niederrhein in der Mercatorhalle+++

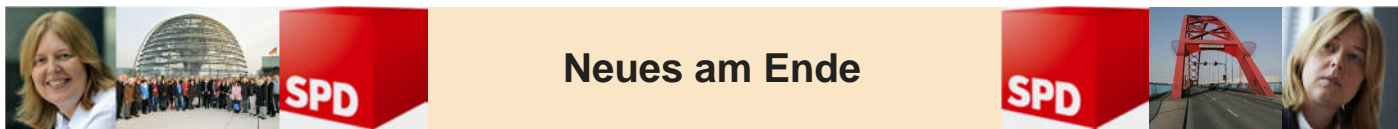
+++17.11.: Vorlesetag in der GGS Bergheimer Straße+++

+++18.11.: Gesprächsrunde mit der Leitung der Agentur für Arbeit+++

+++09.11. bis 13.11.2015 & 23.11. bis 27.11.2015 &

30.11. bis 04.12.2015: Sitzungswochen im Deutschen Bundestag+++

+++Weitere Termine auf www.baerbelbas.de+++



Neues am Ende



Mit 98,2% als Parteiratsvorsitzende wiedergewählt

Bei der Landesparteierratssitzung der NRWSPD am 24. Oktober haben mich 98,2 Prozent der Delegierten wieder ins Amt gewählt - zum dritten Mal nach 2010 und 2013. 55 Delegierte stimmten mit Ja, es gab eine Enthaltung. Ein toller Vertrauensbeweis für meine Arbeit. Der Landesparteierrat ist ein wichtiges Diskussionsforum und ein guter Ort zur engagierten politischen Debatte. Ich freue mich auf die kommenden zwei Jahre als Vorsitzende.

Im Gespräch mit den Gesetzlichen Krankenkassen:

Auf Einladung des Verbandes der Ersatzkassen (kurz: vdek) habe ich mit dem Landesausschuss NRW u.a. über das Pflegestärkungsgesetz und die geplante Krankenhausreform diskutiert. Von links nach

rechts auf dem Bild: Dirk Ruiss (vdek NRW), Ulrich Adler (Techniker Krankenkasse), Wilhelm Pauly (KKH), den Landesausschussvorsitzenden Heiner Beckmann (BAMER GEK) sowie Peter Mager (DAK-Gesundheit).

Mein Tagebuch

Der Deutsche Bundestag plant ein Besucher- und Informationszentrum. Und ich freue mich über meine Premiere als „Preisrichterin“ in einer Auswahljury. Dafür muss ich zwar an mindestens vier ganztägigen Sitzungen teilnehmen, aber eine muss ja Kosten, Funktionalität und Design im Blick behalten...

Die Duisburger Agentur Ruhrgepixel hat meine neuen Grußkarten gestaltet. Auch an diese Stelle sei noch mal gesagt: Sieht richtig gut.



Post aus meinem Wahlkreis wird selbstverständlich immer beantwortet - auch wenn's manchmal schwer fällt. Ein promovierter Petent forderte jetzt von mir: „Bitte stoppen Sie den Wahnsinn!! Lassen Sie keine Flüchtlinge mehr ins Land und schicken Sie alle zurück, die schon gekommen sind“. Auszug aus meiner Antwort: „Ich sehe nur in den Herkunftsländern der Flüchtlinge einen „Wahnsinn“, den wir stoppen müssen. Und zwar den Wahnsinn von Krieg, Verfolgung und Zerstörung, der auch mich mit meiner Familie auf den Weg in Richtung Sicherheit treiben würde. Wir werden diesen Menschen (...) auch weiterhin Schutz bieten und sie keinesfalls zurück ins Verderben schicken.“



Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf, Bärbel Bas

Impressum: V.i.S.d.P.: Bärbel Bas, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. : 030 / 227 75607 - Fax: 030 / 227 76607